

**Ausgabe 53, 28. Juli 2008**

Der Newsletter **DEMOS** informiert über demografische Veränderungen und deren Auswirkungen auf Politik, Entwicklung, Wirtschaft und Gesellschaft.

Der Abdruck von Artikeln und Grafiken ist honorarfrei. Um die Übersendung eines Belegexemplars wird gebeten.

Der Newsletter **DEMOS** wird unterstützt von: **Robert Bosch Stiftung**

---

In dieser Ausgabe

**Eine zweite Grüne Revolution für Afrika**

**Der Kontinent könnte seine wachsende Bevölkerung mit Reis versorgen, wenn es gelänge, die Produktionskapazitäten der kleinbäuerlichen Landwirtschaft auszuschöpfen**

[weiterlesen](#)

**Viel gescholten - aber wirtschaftlich von Nutzen: die Globalisierung**

**Belgien und Österreich sind die Spitzenreiter beim Zusammenwachsen der Nationen und Systeme**

[weiterlesen](#)

**"Es gibt Probleme bei der Umsetzung der Menschenrechte"**

**Interview mit Prof. Dr. Heiner Bielefeldt**

[weiterlesen](#)

**Hintergründe zum Klimawandel**

**Über hundert Karten und Schaubilder veranschaulichen, warum Klimapolitik eine dringende Aufgabe der Weltgemeinschaft ist**

[weiterlesen](#)

**In eigener Sache**

**Neu im Online-Handbuch Demografie**

[weiterlesen](#)

---

**Eine zweite Grüne Revolution für Afrika**

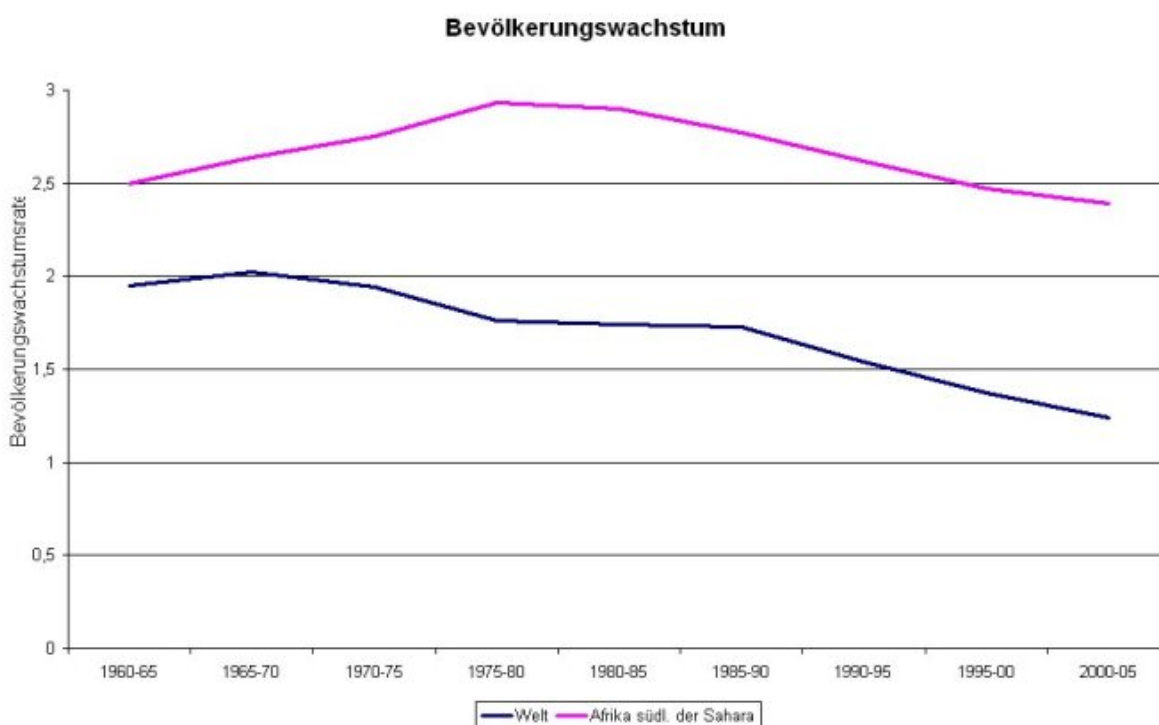
**Der Kontinent könnte seine wachsende Bevölkerung mit Reis versorgen, wenn es gelänge, die Produktionskapazitäten der kleinbäuerlichen Landwirtschaft auszuschöpfen**

Afrika südlich der Sahara ist eine der letzten Weltgegenden, in denen die Fertilität, also die durchschnittliche Kinderzahl je Frau im gebärfähigen Alter, noch weit über dem Erhaltungsniveau von 2,1 liegt, bei dem die Bevölkerungszahl stabil bleibt. Die Zahl der Menschen südlich der Sahara wird sich demzufolge bis zum Jahr 2050 von heute 788 Millionen auf dann 1,716 Milliarden mehr als verdoppeln. Allein um dieses Mehr an Menschen zu ernähren, muss der Kontinent mehr Lebensmittel selbst erzeugen.

Reis steht dabei an vorderster Stelle. Denn das weiße Korn ist seit den 1970er Jahren auch in West- und Zentralafrika zum wichtigsten Grundnahrungsmittel geworden, weil seine Zubereitung die Bewohner der sich immer weiter ausdehnenden urbanen Ballungsräume weniger Zeit, Arbeit und Brennstoff kostet als die traditionellen Getreide Hirse und Sorghum oder andere Kohlehydratlieferanten wie Yamswurzeln und Maniok. Im Senegal etwa hat sich die Nachfrage zwischen 1960 und 2000 verzehnfacht.

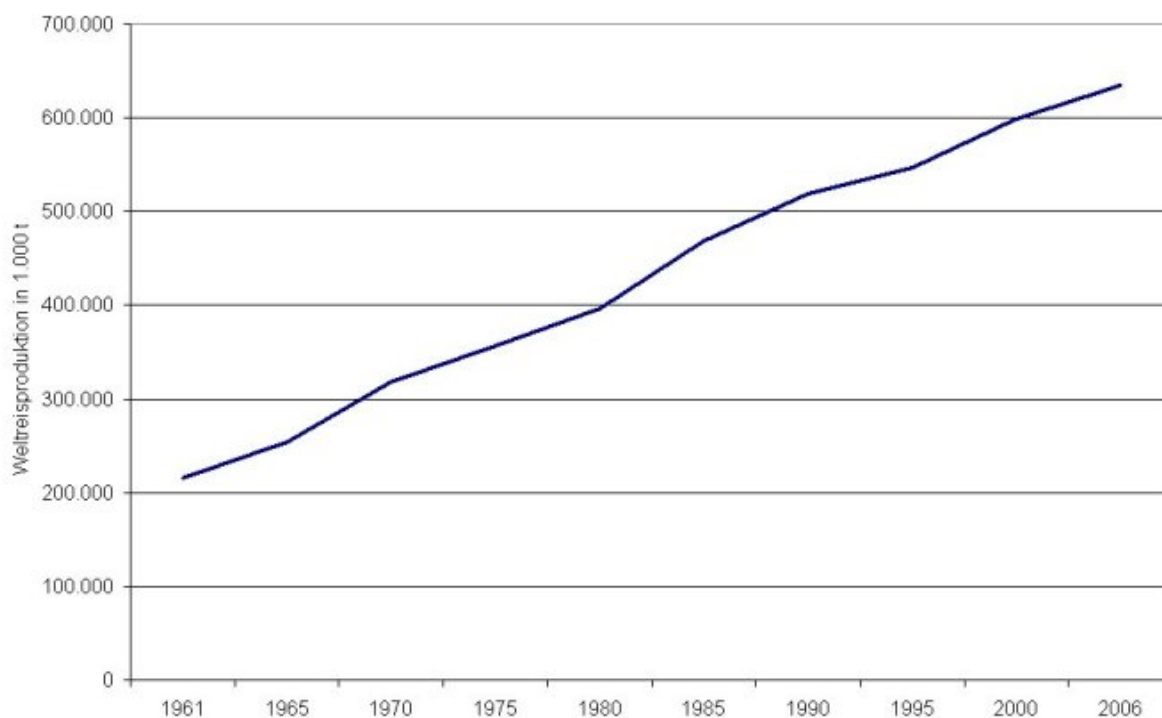
Noch wird Reis überwiegend in Asien angebaut. Die Produktion in den afrikanischen Verbrauchernationen nimmt zu, die Nachfrage kann jedoch nur durch Importe gestillt werden, die zudem oft von besserer Qualität sind als Reis aus einheimischer Erzeugung. Allerdings hinkt auch die globale Produktion mit einem jährlichen Wachstum von einem halben Prozent deutlich hinter dem Gesamtbedarf her, der alljährlich um ein Prozent zulegt.

### Bevölkerungswachstum weltweit und in Afrika südlich der Sahara



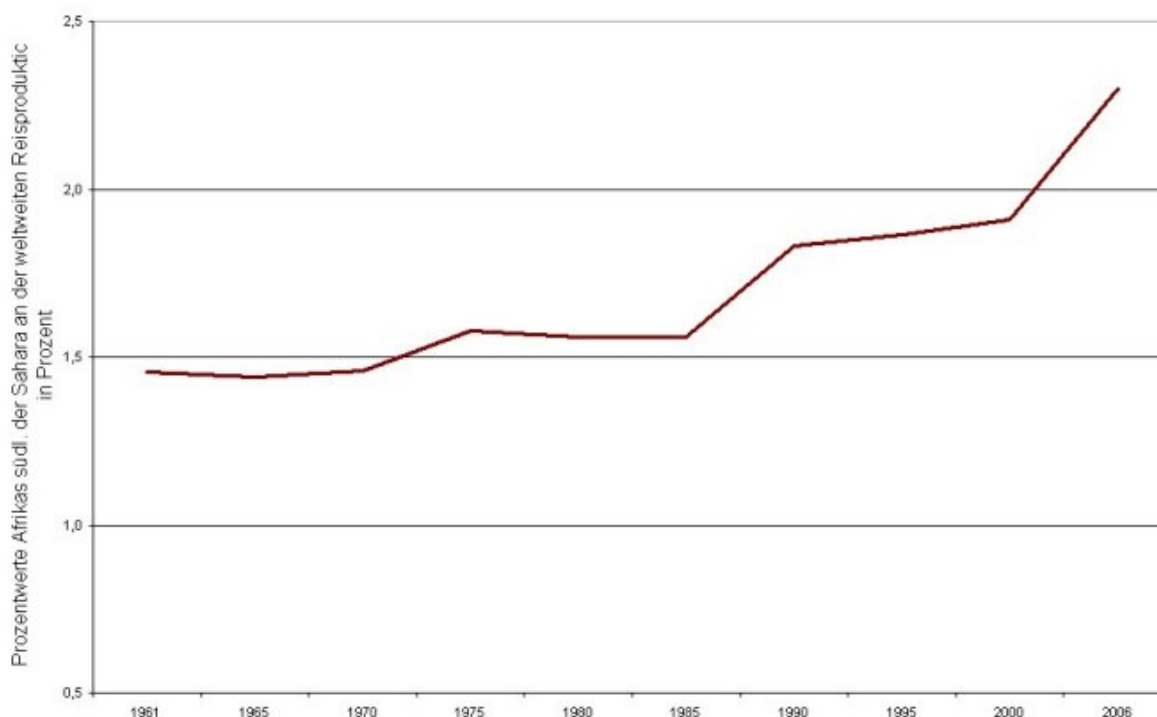
**Das Bevölkerungswachstum geht weltweit zurück - allerdings unterschiedlich schnell. In Afrika südlich der Sahara sinkt die Bevölkerungswachstumsrate erst seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre. Sie liegt heute immer noch deutlich über dem globalen Durchschnitt.**

### Reisproduktion weltweit



**Innerhalb der letzten 45 Jahre ist die Reisproduktion weltweit stark gewachsen - das ist auch ein Erfolg der ersten Grünen Revolution.**

#### Reisproduktion in Afrika südlich der Sahara



**Der Anteil Afrikas südlich der Sahara an der weltweiten Reisproduktion stieg in den 1970er und 1980er Jahren sowie nach der Jahrtausendwende, ist aber nach wie vor nur gering.**

Mit der Verdoppelung des Reispreises sind jetzt Millionen Menschen, die bisher schon rund die Hälfte ihres schmalen Einkommens für Essen aufwandten, von Hunger und Armut bedroht.

Die aktuelle Nahrungsmittelkrise gefährdet nicht nur die erreichten Entwicklungsfortschritte, sondern auch die Sicherheit der Region. Das haben die heftigen Proteste von Senegal bis Madagaskar deutlich vor Augen geführt.

Während jedoch Asien infolge der Verstädterung kaum noch zusätzliche Anbauflächen schaffen und die Erträge nur noch mit unverhältnismäßigem Aufwand steigern kann, hat Afrika bei beidem noch Reserven. Damit eröffnet sich womöglich eine historische Chance: Der Kontinent könnte zum Schauplatz einer zweiten "Grünen Revolution" werden.

Die erste Grüne Revolution hatte in den 1960er und 70er Jahren den notorischen Hungersnöte der wachsenden Weltbevölkerung ein Ende gesetzt. Von den Hohertragsarten, die in den damals neu gegründeten landwirtschaftlichen Forschungseinrichtungen, vor allem am Internationalen Reisforschungsinstitut [IRRI](#) auf den Philippinen gezüchtet wurden, von den massiven Flächenvergrößerungen, dem Ausbau der Bewässerungssysteme und der Mechanisierung profitierte indessen vor allem Asien. Afrika mit seiner weitgehend kleinbäuerlichen Agrarproduktion hingegen blieb von den Neuerungen weitgehend unberührt. Derweil fanden die Afrikaner dank der in Asien erzeugten Überschüsse zunehmend Geschmack am Reis. Gerade auf die afrikanischen Kleinbauern richten sich jetzt alle Hoffnungen: Sie leben und arbeiten auf dem Lande, wo ohnehin die meisten Armen wohnen. Und wenn sie entsprechende Kenntnisse und Technologien besäßen, könnten sie die Produktivität ihrer Äcker gewaltig steigern.

Für Papa Abdoulaye Seck, den Generaldirektor des "[Africa Rice Center](#)" mit derzeitigem Hauptsitz in Cotonou in Benin, eröffnet der hohe Reispreis eine einmalige historische Chance: "Afrika könnte sich mit Reis selbst versorgen", sagt Seck, wenn es seine brach liegenden Flächen und Produktionskapazitäten ausschöpfe. Das Africa Rice Center, im Jahre 1970 gegründet, hat den wichtigsten Bestandteil für die afrikanische Agrarrevolution schon parat: "New Rice for Africa", kurz Nerica, eine auf molekularbiologischem Wege, aber ohne artfremdes Genmaterial erzeugte Kreuzung aus dem besonders ertragreichen Asiatischen Reis (*Oryza sativa*) und dem sehr robusten endemischen Afrikanischen Reis (*Oryza glaberrima*), der seit rund 3.500 Jahren im Westen des Kontinents kultiviert wird. Nerica eignet sich besonders für den sogenannten Regenfeldbau, wie er in West- und Zentralafrika überwiegend betrieben wird, im Hochland ohne künstliche Bewässerung, sowie in Feuchtgebieten und in Flussauen, wo die Felder geflutet werden können. Einige Dutzend Sorten für unterschiedliche Standortbedingungen haben die Wissenschaftler in Cotonou inzwischen entwickelt. Nun ist der neue Reis praktisch marktreif.

Nerica steht oft im Mittelpunkt, wenn jetzt allenthalben Koalitionen geschmiedet, Programme und "Not-Initiativen" lanciert werden mit dem Ziel, Afrikas Reisproduktion zu verdoppeln. Anschubhilfe leistet dabei, wie schon bei der ersten Grünen Revolution, die amerikanische Rockefeller-Stiftung. Zusammen mit der Bill-Gates-Stiftung hat sie 2006 die "Allianz für eine Grüne Revolution in Afrika" (AGRA) mit Hauptquartier in Nairobi und dem früheren UN-Generalsekretär Kofi Annan als Vorsitzendem gegründet. Die Allianz will "Hunderte von Millionen Dollar" investieren, um die Produktivität der kleinbäuerlichen Landwirtschaft zu erhöhen.

Angesichts der Krise fließt auch wieder Geld in die landwirtschaftliche Forschung, die in den Zeiten des Überflusses sträflich vernachlässigt wurde. So sind heute in Gebieten mit intensiver Bewässerung salztolerante Reissorten gefragt, und der Klimawandel erfordert Sorten, die Überschwemmungen oder Dürren standhalten. Anfang dieses Jahres vermeldete das IRRI in Manila eine Spende der Gates-Stiftung über fast 20 Millionen Dollar, mit denen das Institut, in Zusammenarbeit mit dem Africa Rice Center, Sorten entwickeln soll, die unter trockenen Bedingungen Höchstleistungen bringen.

Die Ausgangslage für die zweite Grüne Revolution ist allerdings erheblich komplexer als bei der ersten. "Saatgut, Dünger und Ausrüstung müssen günstiger werden", sagt Papa Seck vom Africa Rice Center, "damit die Kleinbauern sie sich überhaupt leisten können". Knowhow muss vermittelt, Infrastruktur, Logistik und Vermarktungsketten müssen aufgebaut werden. Auch die politischen Rahmenbedingungen müssen stimmen. So müssen die Preise für die

städtischen Verbraucher bezahlbar sein und trotzdem Produktionsanreize für die Bauern bieten. Das Bevölkerungswachstum muss sich verlangsamen und die Aids-Epidemie eingedämmt werden.

Und natürlich dürfen sich die Anstrengungen nicht allein auf Reis konzentrieren. Denn, so der AGRA-Vorsitzende Kofi Annan: "Der Reichtum an unterschiedlichen Landschaften, Böden, Klimazonen und Kulturen hat Afrika mit einer Vielfalt von Kulturpflanzen gesegnet. Die müssen wir erhalten."

## Literatur / Links

[Africa Rice Center](#)

[Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung \(2008\): Der Wert der Vielfalt. Warum die Welternährung von der Biodiversität abhängt. In: Demos 49, 23.04.2008](#)

[International Institute of Tropical Agriculture](#)

[International Food Policy Research Institute](#)

[International Rice Research Institute](#)

[Coalition launched to double Africa's rice production. In: afrol News, 30. Mai 2008](#)

L'Afrique pourrait être autosuffisante en riz. Interview mit Papa A. Seck. In: La Dépêche, 25. April 2008

---

## **Viel gescholten - aber wirtschaftlich von Nutzen: die Globalisierung Belgien und Österreich sind die Spitzenreiter beim Zusammenwachsen der Nationen und Systeme**

Belgien und Österreich sind gegenwärtig die am stärksten globalisierten Länder der Welt, Deutschland erreicht Rang elf. In den vergangenen dreieinhalb Jahrzehnten haben Bangladesch, Sri Lanka und China den Grad ihrer Globalisierung am stärksten erhöht. Dies ist das Ergebnis einer Studie der "Konjunkturforschungsstelle der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich" (KOF). Dazu entwickelten die Schweizer Ökonomen einen Index, der den Grad der Globalisierung in 122 Ländern der Erde über den Zeitraum von 1970 bis 2005 vergleichbar macht.

### **Wie lässt sich Globalisierung messen?**

Globalisierung heißt, dass Intensität und Reichweite grenzüberschreitender Handlungen zunehmen - sei es in Wirtschaft, Kultur und Politik. Im Bereich der Ökonomie bedeutet das mehr internationalen Wettbewerb, weil Kapital und Arbeit hochgradig mobil werden. Als soziale Globalisierung bezeichnet man die rasche, weltweite Verbreitung von Informationen durch Massenmedien, die wachsende Vernetzung von Menschen durch Computer und Internet, aber auch die Verbreitung standardisierter Produkte. Die reine Distanz zwischen Handelspartnern oder zusammenarbeitenden Wissenschaftlern verliert so immer mehr an Bedeutung, Konsumgewohnheiten und Wertesysteme gleichen sich an. Politisch bedeutet Globalisierung auch die Entwicklung eines transnationalen politischen Denkens und Handels, die Annäherung von Rechtsauffassungen und seine Verkörperung durch internationale Organisationen.

Die Ökonomen der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich haben einen Index entwickelt, um den Grad der Globalisierung und dessen Veränderung zu messen. Dazu wurden 24 Indikatoren definiert und für 122 Länder der Erde für den Zeitraum von 1970

bis 2005 ermittelt. In die Messung der ökonomischen Globalisierung gehen etwa der Anteil ausländischer Direktinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt, das Einkommen von im Ausland lebenden Staatsbürgern oder die Höhe von Steuern auf internationalen Handel ein. Zum sozialen Globalisierungsindex werden Indikatoren wie das Volumen des internationalen Telefonverkehrs, die Zahl der Internet-Benutzer oder die Zahl internationaler Touristen herangezogen. Die Dichte von Mc-Donalds-Restaurants und Ikea-Möbelhäusern gibt Auskunft über die Internationalisierung der Konsumgewohnheiten als Teil der sozialen Globalisierung. Der Grad politischer Globalisierung eines Landes wird bestimmt, indem die Anzahl ausländischer Botschaften, Mitgliedschaften des Landes in Internationalen Organisationen und die Beteiligung an Missionen des UN-Sicherheitsrates in einem Indikator zusammengefasst werden.

Nach dem KOF-Index 2008 sind Österreich und Belgien die am stärksten globalisierten Länder weltweit, gefolgt von Schweden, Großbritannien und den Niederlanden. Deutschland erreicht Platz elf - noch vor den USA (Platz 22). Am wenigsten globalisiert sind Myanmar, Ruanda und Burundi. In Europa liegt der Balkanstaat Albanien ganz hinten - er erreicht nur Rang 98 von 122 Staaten. Einige mittelosteuropäische Staaten haben gegenüber den westeuropäischen Industrienationen allerdings seit dem Fall des Eisernen Vorhangs rasch aufgeholt: Die Tschechische Republik rangiert heute auf Platz 8, Polen folgt auf Rang 19, noch vor der Slowakischen Republik (Rang 23) und Slowenien (Rang 30).

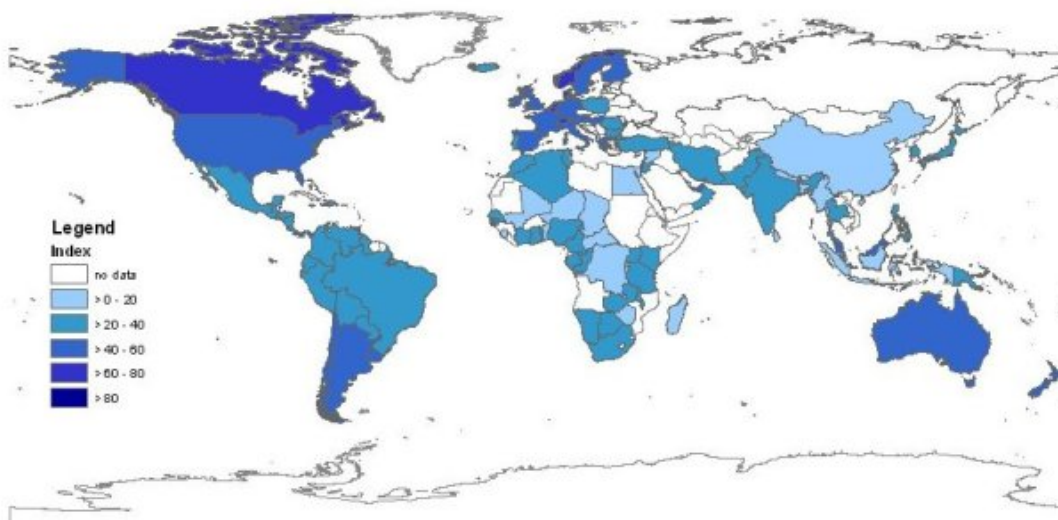
Zwischen 1970 und 2005 hat sich in allen Ländern der Grad der Globalisierung erhöht. Weltweit am stärksten zugelegt hat der Globalisierungsindex in Bangladesch. Auch wenn der südasiatische Staat noch immer einen vergleichsweise geringen Globalisierungsgrad aufweist, konnte er seinen Indexwert gegenüber 1970 mehr als verfünffachen. Auch Sri Lanka, China, Benin und Ägypten haben große Fortschritte im Globalisierungsgrad ihrer Gesellschaften gemacht. Innerhalb Europas tat Rumänien den größten Sprung nach vorn.

In Deutschland hat sich die Globalisierung seit 1970 kontinuierlich ausgeweitet. Zwischen 2001 und 2004 fiel das Land zwar gegenüber anderen zurück, weil es in den Jahren der wirtschaftlichen Krise nur wenig ausländischen Direktinvestitionen angelockt hat. Seit 2004 hat Deutschland seine globale Position hingegen wieder verbessert.

Am wenigsten zugenommen hat der Indexwert in solchen Staaten, die schon 1970 vergleichsweise stark internationalisiert waren und wo entsprechend nur wenig Steigerung möglich war: In Luxemburg, Norwegen oder Kanada legte der Indexwert weniger als 30 Prozent zu. Umgekehrt gibt es auch Länder, in denen sich der Globalisierungsgrad seit 35 Jahren von einem niedrigen Niveau aus kaum verändert - etwa Barbados, Papua-Neuguinea, Namibia und Botswana.

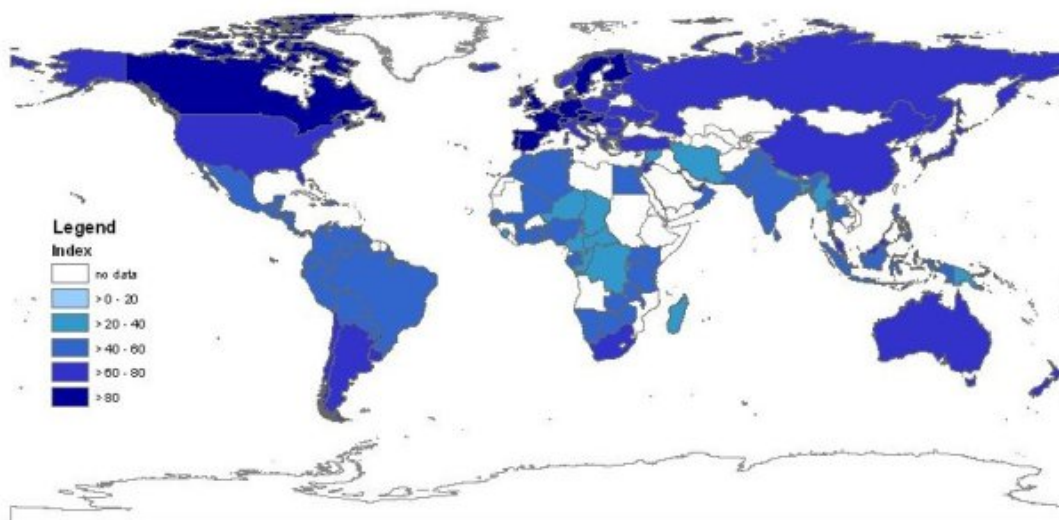
### **Weltweite Verflechtung: Index der Globalisierung 1970**

KOF Index of Globalization 1970



### Weltweite Verflechtung: Index der Globalisierung 2005

KOF Index of Globalization 2005



**Weltweit hat die Globalisierung in den vergangenen 35 Jahren zugenommen. Belgien und Österreich sind heute die Spitzenreiter im Globalisierungsindex. Zu den Ländern mit den größten Globalisierungsfortschritten in den dreieinhalb Jahrzehnten seit 1970 gehören China, Sri Lanka, Benin, Ägypten und Bangladesch. (Quelle: [Dreher, Axel \(2006\): Does Globalization Affect Growth? Evidence from a new Index of Globalization, Applied Economics 38, 10: 1091-1110. Eidgenössische Technische Hochschule Zürich](#)).**

### Globalisierung beschleunigt wirtschaftliches Wachstum

Eine Abschottung vor der oft als unsozial gescholtenen Globalisierung bringt Staaten keinen Vorteil. Wie der Ökonom Axel Dreher von der ETH Zürich in einer Studie mit Hilfe des KOF-Globalisierungsindex feststellt, erzielen Länder, deren Globalisierungsgrad zunimmt deutlich höhere Wachstumsraten als solche, die sich nur langsam international öffnen. Die weltweit ärmsten Länder sind jene, die sich von der Weltwirtschaft isolieren und einen sehr geringen Internationalisierungsgrad aufweisen. Allerdings ist Globalisierung allein nicht ausreichend, um Armut in der Bevölkerung zu reduzieren. Dazu sind auch politische Anstrengungen zur besseren Verteilung des Wohlstandes nötig.

## Literatur / Links

[KOF Index of Globalization](#)

[Dreher, Axel \(2006\): Does Globalization Affect Growth? Applied Economics 38, 10: 1091-1110.](#)

---

### **"Es gibt Probleme bei der Umsetzung der Menschenrechte"** Interview mit Prof. Dr. Heiner Bielefeldt



Prof. Dr. Heiner Bielefeldt ist Direktor des Deutschen Instituts für Menschenrechte in Berlin. Er lehrt seit 2000 Philosophie an der Universität Bremen und ist seit 2007 Honorarprofessor an der Juristischen Fakultät der Universität Bielefeld. Neben seiner über 20-jährigen Arbeit in der universitären Forschung und Lehre zu menschenrechtlichen Themen, verfügt er über langjährige Erfahrungen im Bereich der praktischen Menschenrechtsarbeit. Bielefeldt hat mehrere Bücher zu Fragen der politischen Ethik und Rechtsphilosophie veröffentlicht. Im April 2008 ist sein Essay "Das Islambild in Deutschland. Zum öffentlichen Umgang mit der Angst vor dem Islam" in 2. aktualisierter Auflage erschienen.

**Sie betonen die Universalität der Menschenrechte und definieren diese als die "gleichberechtigte Freiheit der Menschen, ihren je eigenen Lebensweg zu finden, ihre eigene Meinung zu entwickeln und zu äußern und nach ihren unterschiedlichen Überzeugungen zu leben". Sehen Sie in der EU dieses Grundverständnis von Menschenrechten durchgesetzt?**

Dass der menschenrechtliche Universalismus nichts mit Gleichförmigkeit zu tun hat, sondern im Gegenteil die Vielfalt der Lebensformen, Lebenswege und Überzeugungen - auf der Grundlage echter Chancengleichheit - bedeutet, ist in den Organen der EU grundsätzlich anerkannt. Obwohl die EU-Grundrechtscharta noch nicht förmlich in Kraft ist, spielen Menschenrechte im Selbstverständnis der EU-Organe und vor allem auch in der Rechtssprechung des Europäischen Gerichtshofs schon seit längerem eine zentrale Rolle. Gleichwohl gibt es Probleme bei der Umsetzung der Menschenrechte - man denke etwa an den Umgang mit Flüchtlingen an den Außengrenzen der EU. Dabei kommt es leider immer wieder zu konkreten Menschenrechtsverstößen, und darüber hinaus unterlaufen die EU und ihre Mitgliedstaaten menschenrechtliche Verpflichtungen zum Teil systematisch und strukturell.

**Welchen Gefahren ist die Achtung der Menschenrechte innerhalb der EU in einer Zeit ausgesetzt, in der viele Regierungen die Bekämpfung des globalen Terrorismus propagieren?**

Die Bekämpfung des Terrorismus, deren Notwendigkeit ja niemand bestreitet, hat auf nationaler und internationaler Ebene, auch auf der Ebene der EU zu Einbrüchen bei menschenrechtlichen Gewährleistungen geführt. Wenn Sicherheit zum alles überragenden politischen Ziel erklärt wird, können menschenrechtliche Standards unter die Räder geraten -

womit längerfristig übrigens auch rechtsstaatliche Transparenz, Verantwortlichkeit staatlichen Handelns und sogar die recht verstandene Sicherheit unterminiert werden. Ein Beispiel dafür ist der Umgang mit dem Datenschutz. Das vom Bundesverfassungsgericht vorerst gestoppte Gesetz zur Datenvorratspeicherung, demgemäß ohne konkreten Anlass zahlreiche Daten buchstäblich "auf Vorrat" gespeichert werden sollten, geht ja bekanntlich auf eine EU-Richtlinie zurück.

**In der Praxis müssen die Grenzen zwischen Achtung und Missachtung der Menschenrechte immer wieder neu diskutiert werden - eine Herausforderung für jede Gesellschaft. Wie läuft ein solcher Prozess in der Verwaltungsmaschinerie der EU ab? Welche Schwierigkeiten sehen Sie dabei?**

Wo die Grenze verläuft zwischen menschenrechtlichen Geboten beziehungsweise Verboten einerseits und administrativem Ermessen andererseits, das bestimmen vor allem die Gerichte. Für die EU-Organe - das heißt, Kommission, das Parlament sowie die Vertreter der Mitgliedstaaten im Rat - zuständig ist der Europäische Gerichtshof in Luxemburg, der sich in Menschenrechtsfragen wiederum an der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte orientiert, der seinen Sitz in Straßburg hat und ein Organ des Europarats ist.

**Seit Anfang 2007 besteht eine EU-Grundrechteagentur. Welches sind ihre wichtigsten Aufgaben?**

Die EU-Grundrechteagentur hat vor allem Informations- und Beratungsaufgaben. Sie sammelt und analysiert Informationen zu menschenrechtlichen Themen wie Diskriminierung, Rassismus, Menschenhandel oder Datenschutz und bereitet sie thematisch auf. Die Agentur untersucht die Auswirkungen, die das Europarecht auf die Menschenrechte hat. Grundsätzlich beschäftigt sie sich mit strukturellen Fragen, nicht mit Einzelfällen, und unterscheidet sich damit grundsätzlich von einem Gericht oder einer Ombudsinstitution. Was mit ihrer Expertisen, ihren Studien und ihren Empfehlungen geschieht, liegt nicht unmittelbar in ihrer Hand, sondern hängt vom politischen Willen der EU-Organe - des Parlaments, des Rats und der Kommission - ab. Natürlich können und sollen auch die nationalen Regierungen oder Parlamente die Studien nutzen und Konsequenzen für ihre Politik daraus ziehen. Angesichts des starken Einflusses, den die EU-Gesetzgebung auf die Mitgliedsstaaten ausübt, ist es aber wichtig, eine Institution zu haben, die vor allem die EU-Organe selbst und die von ihnen geleistete Normsetzung und Politik unter dem Gesichtspunkt der Menschenrechte systematisch beobachtet. Genau dies ist Aufgabe der EU-Grundrechteagentur. Dem neuen Direktor, Morten Kjaerum, der das Amt am 1. Juni 2008 angetreten hat, traue ich zu, dass er die Agentur auf einen guten Weg bringen und ihr auch politischen Einfluss verschaffen wird.

**Insbesondere in Bezug auf einen möglichen EU-Beitritt der Türkei scheint es unterschiedliche Meinung zur Bedeutung der Menschenrechte im Vergleich zu wirtschaftlichen oder strategisch-politischen Interessen zu geben.**

Da die Menschenrechte für das Selbstverständnis der EU konstitutive Bedeutung haben, müssen alle Mitgliedsstaaten menschenrechtliche Kriterien erfüllen; dies ist auch im Europarecht so vorgegeben. Die Türkei, die in den letzten Jahren einige deutliche Schübe in Richtung Liberalisierung erlebt hat, muss diesbezüglich noch viel Arbeit leisten. So ist beispielsweise die jüngst vorgenommene Reform jenes Strafrechtsparagrafen (zum Schutz des Türkentums), mit dem in den letzten Jahren massive Beschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit durchgesetzt worden sind, allenfalls halbherzig ausgefallen und völlig unzureichend geblieben. Mir ist im Übrigen wichtig, dass man bei der Frage einer künftigen EU-Mitgliedschaft der Türkei die menschenrechtlichen Gesichtspunkte nicht mit Vorstellungen einer bestimmten europäischen Kultur oder gar "Leitkultur" vermischt. Die EU ist keineswegs ein exklusiver "Christenclub", zu dem ein islamisch geprägtes Land die Türkei von vornherein nicht gehören könnte, wie manche sagen.

**Ganz aktuell ist die Verabschiedung der umstrittenen Richtlinien zur Abschiebung illegaler Einwanderer aus der EU. Befürworter dieser Richtlinien sehen die Rechte der illegalen Migranten gestärkt. Dagegen kritisieren Gegner insbesondere, dass Länder**

**mit weniger strikten Abschieberegungen nun eine Begründung haben, diese zu verschärfen. Wo sehen Sie Stärken und Schwächen der neuen Regelungen?**

Die Richtlinien stellen Mindestnormen auf, die aus menschenrechtlicher Sicht ganz und gar nicht befriedigen können - wenn man etwa an die unter bestimmten Umständen bis zu 18 Monaten ausdehbare Abschiebehaft denkt. Zwar gehen die Richtlinien über die Standards einiger EU-Staaten hinaus, in denen zum Teil überhaupt keine Begrenzung der zeitlichen Dauer einer Abschiebehaft existieren. Zu fürchten ist allerdings, dass sich nun alle auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen werden.

**Jedes Land in Europa hat eine unterschiedliche Vorstellung davon, wie eine gelungene Integration aussehen sollte. Aus Perspektive der Menschenrechte, was bedeutet für Sie eine gelungene Integration?**

Auch in der EU gibt es Grundlinien für eine kohärente gemeinsame Integrationspolitik. Darin heißt es, dass Integration ein wechselseitiger Prozess sei, in dem sich nicht nur die eingewanderten Minderheiten für die Gesellschaften, sondern im Gegenzug auch die Mehrheitsgesellschaften für die Migrantinnen und Migranten öffnen müssen. Dies kann man denen entgegenhalten, die Integration als einseitige Anpassungsleistung der Minderheiten fordern. Exklusionen schaden im Übrigen nicht nur denjenigen, die davon unmittelbar betroffen sind, sondern letztlich den europäischen Gesellschaften im Ganzen, die nur als offene und lernbereite Gesellschaften zukunftsfähig sind.

Das Interview führte Franziska Woellert.

Nachdruck unter Quellenangabe (Franziska Woellert / Berlin-Institut) erlaubt.

**Hintergründe zum Klimawandel****Über hundert Karten und Schaubilder veranschaulichen, warum Klimapolitik eine dringende Aufgabe der Weltgemeinschaft ist**

Ein ungewohnter Anblick, völlig verzerrt - das soll eine Weltkarte sein? Der neue Klimaatlas von "Le monde diplomatique" ist voll von faszinierenden Grafiken. Eine davon zeigt den ökologischen Fußabdruck aller Länder der Erde. Also wie viel Fläche die Bevölkerung eines Landes für all seinen Lebensstandard in Anspruch nimmt, von den Straßen über die Landwirtschaft bis zum Abbau von Rohstoffen im eigenen Land oder anderswo. Die USA, Europa und Japan erscheinen darauf aufgebläht und übergewichtig, Südamerika dagegen abgemagert. Dem afrikanischen Kontinent ist - von wenigen Ausnahmen abgesehen - seine Armut und die damit verbundene Unterernährung anzusehen. Es ist nur das Skelett eines Kontinents. Die Karte macht deutlich: Der Flächenverbrauch pro Kopf ist in den einkommensstarken Ländern sechsmal so hoch wie in den einkommensschwachen Ländern.

Umgekehrt leiden die armen Länder überproportional an den Folgen der Erderwärmung, für die sie kaum verantwortlich sind: Trockenheit und Überschwemmungen, Wüstenbildung und Zyklone treffen damit obendrein diejenigen, die sich am wenigsten vor diesen Naturkatastrophen schützen können und die von der Landwirtschaft als Einkommensquelle und zur Ernährung weitaus abhängiger als die reichen Nationen.

Der Atlas gliedert sich in zwei Teile: Der erste liefert Fakten zu den Ursachen, Phänomenen und Folgen des Klimawandels, der zweite Vorschläge, wie die Politik reagieren könnte - und müsste. Wen man mit den Argumenten Gerechtigkeit und Solidarität nicht überzeugen kann, der wird sich angesichts der wissenschaftlichen Fakten kaum der Notwendigkeit eines veränderten Handelns entziehen können. Und vielleicht hört er auf finanzielle Argumente: Der britische Ökonom Nicholas Stern hat schon 2006 vorgerechnet, dass die Umweltschäden, die insbesondere infolge der Klimaerwärmung entstehen, Kosten in Höhe von fünf bis 20 Prozent der Bruttosozialprodukte der Welt verursachen werden. Um den mittleren globalen

Temperaturanstieg auf maximal zwei Grad Celsius zu begrenzen, wären dagegen nur Investitionen in Höhe von einem Prozent nötig.

Dieser Atlas der Globalisierung eignet sich hervorragend als Nachschlagewerk, um einen schnellen Überblick über verschiedene Aspekte des Klimawandels zu gewinnen, sei es etwa zu den CO<sub>2</sub>-Emissionen, zum Verkehr, zur Wasserversorgung oder zum Artensterben. Die Lösungsansätze, die das Klima-Spezial präsentiert, zeigen, dass von den wohlhabenden Ländern keinesfalls nur Verzicht gefordert ist: Eine Veränderung der Essgewohnheiten, der Energiepolitik, der Mobilität oder des Wohnens kann vielmehr mit technischen Innovationen verbunden sein, die unsere Lebensqualität verbessern. Ohnehin haben wir langfristig keine andere Wahl.

[Le monde diplomatique: Atlas der Globalisierung spezial: Klima. Berlin 2008, 96 S., 10 Euro.](#)

---

**In eigener Sache**  
**Neu im Online-Handbuch Demografie**

["Weltbevölkerungswachstum und Wald" von Reiner Klingholz](#)

---

**Hinweis in eigener Sache:**

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung ist eine Stiftung mit dem Zweck, Forschung zu demografischen Veränderungen zu betreiben und das öffentliche Wissen über gesellschaftliche Prozesse zu verbessern. Das unabhängige Berlin-Institut erhält für seine Arbeit keinerlei öffentliche Förderung. Spenden und Zustiftungen ermöglichen die erfolgreiche Arbeit des Instituts.

**Bankverbindung:**  
Bankhaus Hallbaum  
BLZ 250 601 80  
Konto 20 28 64 07

**Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:**  
Dr. Reiner Klingholz  
E-Mail: [reiner.klingholz@berlin-institut.org](mailto:reiner.klingholz@berlin-institut.org)  
Telefon: 0 30-22 32 48 45